

Rechenschaftsbericht der BmU 2023/24

Mai 2024



Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit

Seit einem Jahr gibt die BmU (wieder) einen Newsletter heraus, der die aktuellen Themen im Rat und in den Ausschüssen kurz zusammenfasst.

Seit 2023 hat die BmU in der Bergstraße 13 auch eine Geschäftsstelle. In dieser finden u.a. regelmäßig Beratungen zum Thema Fernwärme oder anderer Themen statt.

In der wärmeren Jahreszeit werden auch wieder regelmäßig Informationsstände eingerichtet. Wünschenswert wäre eine breitere aktive Beteiligung aus dem Verein.

Das „BmU-Forum“ als Austausch-Plattform für Fraktion und Verein hat sich bewährt. So konnte die Flut an Emails deutlich gemindert werden und die Meinungsbildung systematisiert werden. Auch kann zukünftig die Kommunikation innerhalb des Vereins und mit der Öffentlichkeit darüber verstärkt werden.

Für Idee und Umsetzung gilt Marcel Stritzelberger ein herzlicher Dank.

An einer vertieften (digitalen) Öffentlichkeitsarbeit wird gearbeitet. Ein neuer Internetauftritt und ein Social-Media-Konzept mit überarbeitetem Corporate-Design/Logo entstehen. Die JHV wird hierzu beraten und entscheiden.

Die BmU hat sich entschlossen, sich hier von einer Fachfirma helfen zu lassen und das nötige Geld dafür in die Hand zu nehmen.

Wie im Kassenbericht zu sehen ist, werden die Finanzen der BmU mit großer Umsicht geführt, ein herzlicher Dank hier an Rainer Hustädt.

Die Rats- und Ausschussarbeit der BmU 6/2023 bis 4/2024 – exemplarische und wesentliche Themen

Für die BmU sind aktuell 6 Ratsmitglieder und 12 Sachkundige Bürger(innen) in Rat, Ausschüssen und Aufsichtsrat Stadtwerke aktiv.

- **Über den Umgang miteinander in Rats- und Ausschusssitzungen**

Symptomatisch: BmU-Antrag erst nach 11 Jahren bearbeitet

Der BmU-Antrag aus dem Jahr 2013 zur Verbesserung der Schulwege in Trills wurde zum ersten Mal beschlussreif im April 2024 behandelt. Bei Enthaltung der CDU (geäußert hat sich die CDU zu dem Thema nicht) wurde ansonsten einstimmig beschlossen, dass z.B. der Fußweg am Kreisverkehr mit Zebrastreifen gesichert wird.

Besonders Anträge der BmU werden im Stadtrat „zögerlich“ behandelt: Hier hat es mal schlappe 11 Jahre gedauert.

CDU und große Teile der SPD verwehrt der BmU im Juni 2023 das Rederecht im Rat – Immer öfter wird durch „Schluss der Debatte“ versucht, die Ratsdiskussion abzuwürgen

Nachdem es schon in vorangegangenen Ratssitzungen zu erinnerungs-unwürdigen Szenen gekommen war -

-Das Verlassen der Sitzung am 22.05.2023 durch CDU und SPD, um die Beschlussunfähigkeit und den Abbruch der Ratssitzung zu bewirken.

-Der Rechtsstreit um die Terminierung der Folgesitzung.

-Der Versuch von CDU-RM Hengstermann die Diskussion im Rat am 30.05. zur zukünftigen Konzeption der Fernwärme nach nur wenigen Wortmeldungen per Antrag auf „Ende der Debatte“ abzuwürgen. (Diesmal noch ohne Mehrheit) -

bleibt auch die Sitzung vom 20.06. in Erinnerung.

So wurde der BmU zum TOP 16 "Standortkonzept 2030" (der Flüchtlingsunterbringung) kein Rederecht eingeräumt, da der Antrag auf "Schluss der Debatte" von CDU-RM Hengstermann durch die Stimmen von CDU und einem großen Teil der SPD mehrheitlich angenommen worden war. Die Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag blieb wirkungslos, in der Bernhard Osterwind betont hatte, dass die BmU somit überhaupt keine Gelegenheit bekäme, ihre Meinung zu diesem Thema zu äußern. Die Debatte wurde somit sofort beendet und selbst die Ratsmitglieder auf der Rednerliste kamen nicht mehr zu Wort.

Ein solches Verhalten stellt eine äußerst grobe Verletzung des Anstands im Umgang zwischen den Fraktionen dar.

Daher hatte die BmU für die Folgesitzung den Antrag zur Geschäftsordnung eingebracht, dass sich jede Fraktion (zumindest einmal) zu einem Tagesordnungspunkt äußern darf, auch wenn eine Mehrheit das „Ende der Debatte“ beschlossen hat. Dieser wurde mehrheitlich bei Gegenstimmen durch FDP und einem RM der CDU sowie bei Enthaltung der meisten CDU-RM angenommen.

Insgesamt ist die Kritik berechtigt, dass der Umgang miteinander in manchen Diskussionen in den Ausschüssen und im Rat zu wünschen übriglassen.

Allerdings hat man den Eindruck, dass viele stets nur die Art und Weise der „Anderen“ kritisieren.

Der Kritik, dass zu viel auf dem Handy/Tablet tippen würden, können wir jedoch nicht folgen, da nun die Ratsarbeit eben seit einigen Jahren digital erfolgt und man auf das

Ratsinformationssystem, Emails oder auf Daten (z.B. im Forum der BmU) zugreifen muss. Auch

leise Gespräche unter den Ratsmitgliedern müssen möglich sein, um sich auszutauschen. Und auch die kritisierten Blicke in die Vergangenheit sind aus Sicht der BmU oft wichtig, um aus Fehlern lernen und um die richtigen Entscheidungen für Gegenwart und Zukunft fällen zu können.

Aus Sicht der BmU darf eine Debatte intensiv und auch mal hitzig geführt werden, wenn dies sachlich, konstruktiv sowie fair (ohne falsche Vorwürfe und persönliche Angriffe) und die Öffentlichkeitsarbeit ehrlich geschieht. Auch viele „offene Briefe“ oder Posts in den dissozialen Medien erfüllen dies aber oft nicht.

Klar zu kritisieren ist -wie beschrieben- die immer wieder angewendete Methode per Geschäftsordnungsantrag „Ende der Debatte“ die Diskussion im Rat abzubrechen. Oder auch der (durch eingelegte Rechtsmittel gescheiterte) Versuch von CDU und SPD, die Redezeiten zu begrenzen. Hier zeigt sich deutlich der Unwillen, sich die Meinung der anderen Ratsmitglieder überhaupt anzuhören.

Man kann die Bürgerschaft einfach nur einladen, sich selber einmal ein Bild zu machen.

Wie sich der Ton zudem gerade in den dissozialen Medien massiv verschärft hat, sieht man an einem Post eines Ausschussmitgliedes der AfD, der die Nicht-AfD-Politikerinnen und Politiker als „Rattenpack“ bezeichnet hat.

Zu einer kritischen Erklärung diesbezüglich konnte sich der Orts-AfD-Vorsitzende Saueressig bis heute nicht im Rat bewegen, obwohl er immer wieder bemüht ist, die AfD als bürgerlich-normal darzustellen. Hier zeigt sich wohl das wahre Gesicht.

- **BmU unterstützt Statement für Vielfalt und Demonstration gegen Rechtsextremismus**

Die BmU hat die **Kundgebung für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus am 07.02.2024** auf dem Europaplatz aktiv unterstützt.

BmU-Vorsitzender Christian Ritt bedankte sich in seiner kurzen Ansprache dort für das Kommen von etwa 1500 Erkratherinnen und Erkrathern. Er wies dabei darauf hin, dass das Motto "Demokratie verteidigen" sich hoffentlich auch in einem stärkeren Mitmachen z.B. in (Kommunal-)Politik zeigen sollte. Und dass jede und jeder gefordert sei, AfD-Wähler nicht per se zu verurteilen, sondern mit ihnen das Gespräch zu suchen.

Gerade im bunten Rheinland (man vergleiche "Unsere Stammbaum" der Bläck Fööss) darf das Miteinander-Reden nicht verloren gehen.

Am Ende verwies er auf das Motto der anwesenden Pfadfinder: "Lasst uns 100% Mensch sein".



Zudem hat die BmU eine Resolution klar unterstützt. Sie richtet sich gegen Rechtsextremismus und gegen die AfD. Bei Gegenstimmen der AfD wurde diese Resolution von allen anderen Ratsmitgliedern angenommen. (Den kompletten Text finden Sie im Ratsinformationssystem der Stadt Erkrath.) Die AfD gibt sich meist bürgerlich, real sind maßgebliche Funktionsträger und Mitglieder allerdings rechtsextremistisch, rassistisch und feindlich gegenüber vielen Minderheiten. Weite Teile dieser Partei sind gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und europafeindlich. Faschisten und Verfassungsfeinde werden geduldet und sind sogar in führenden Positionen.



Die BmU hatte sich auch schon in der Vergangenheit deutlich gegen Rechtsextremismus positioniert.

So hatten wir vor Jahren die Verlegung von „Stolpersteinen“ in Erkrath initiiert und mehreren Schulen Erkrath einen „Korbinian-Apfelbaum“ („KZ 3“) geschenkt, der vom NS-kritischen Pfarrer Korbinian Aigner im KZ Dachau gezüchtet worden war.

Demokratie stärken – Mitmachen!

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger zeigen auf den unzähligen Demonstrationen in Deutschland, dass sie für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einstehen und eine rechtsextremistische, rassistische Politik ablehnen.

Jetzt kommt es darauf an, dass aus diesem Schwung auch mehr Engagement und Beteiligung an der Politik entsteht. Im Gespräch mit Wahlmüden und Protestwählern und in der aktiven politischen Arbeit vor Ort.

Linke und AfD lehnen Spende eines ausgemusterten Feuerwehrfahrzeuges an die Ukraine ab

Hinter vorgeschobenen Argumenten, z.T. mit Verbindung zu Themen wie Erhöhung von Hundesteuer und Stellenplanung, zeigte sich der Versuch, grundsätzlich gegen die Hilfe Deutschlands für die Ukraine angesichts der russischen Aggression zu agitieren.

Insbesondere die Äußerungen von AfD-RM Saueressig, man soll nur an Deutschland denken und Deutschland hätte auch niemand geholfen, zeigten einen beschämenden Egoismus und ungenügende Geschichtskennntnisse. Schließlich wurde Deutschland nach dem 2. Weltkrieg u.a. mit dem Marshall-Plan massiv bei dem Wiederaufbau unterstützt und das „Wirtschaftswunder“ hätte nie stattgefunden.

Die BmU hat diesem bescheidenen Beitrag für den Zivilschutz, ausgehend von einem Hilfeersuchen aus der Ukraine, überzeugt zugestimmt. „Wo brennt es mehr als in der Ukraine?“

Da muss gelöscht werden.“, mit diesen Worten brachte es Bernhard Osterwind auf den Punkt.

In diesem Punkt war sich die demokratische Mitte auch gegen AfD und Linke einig: Das einsatzfähige alte Erkrather Löschfahrzeug hilft in der Ukraine.

- **Über die Finanzsituation der Stadt**

BmU lehnt Haushalt 2024/2025 und den Stellenplan ab

– Erkrath steht finanziell vor dem Kollaps

Über viele Jahre hat die politische Mehrheit und die Verwaltung keine Sparansätze gezeigt, waren die Wünsche größer als die finanziellen Möglichkeiten, ufernten die Großbauprojekte aus. Ein von der BmU immer wieder gefordertes Haushaltssicherungskonzept ist nie umgesetzt worden. Jetzt droht in Kürze eine zwangsmäßige Haushaltssicherung.

Nur durch die Erhöhung des Minderaufwands von 1% auf 2% durch die Landesregierung wird der Doppelhaushalt 2024/2025 erst genehmigungsfähig.

Eine Einschätzung zum Doppel-Haushaltsplan von BmU-Fraktionsvorsitzenden Bernhard Osterwind:

„Gestern standen wir noch am finanziellen Abgrund, heute sind wir einen Schritt weiter.

Seit vielen Jahren versucht die BmU durch ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept und durch eine maßvolle Gewerbeflächenentwicklung die Finanzsituation zu stabilisieren. Dafür konnten wir nur vorübergehend Mehrheiten organisieren, da beide Maßnahmen unpopulär waren, sind und sein werden. Wir haben massivste und persönliche Kritik wegen unserer soliden Finanzpolitik hinnehmen müssen. Im Personalbereich gibt es bedrohliche Entwicklungen. Die politische Verantwortung für diese Situation ist zweifelsfrei zuzuordnen. Da braucht nun auch niemand Nachhilfe.

Wichtig ist: Die Vergangenheit interessiert jetzt nicht mehr!
Auch die Versprechungen der Vergangenheit gelten nicht mehr!

Weitere Steuererhöhungen, der kritische Blick auf die Gebühren, die Reduzierung der Standards, Substanzpflge statt Substanzerneuerung, der umweltschädliche millionenteure Kunstrasenplatz am Schulzentrum, Senkung der Betriebskosten in der Straßenbeleuchtung usw. usw. müssen jetzt zur Rettung der Lebensqualität in Erkrath auf den Tisch.

Immerhin legt Dank der Arbeit der BmU die Haushaltskonsolidierung in Erkrath (bis jetzt sind dabei nur 400 T € eingespart worden) keinen Kaltstart wie in anderen Kommunen hin. Der gescheiterte Prozess der freiwilligen Haushaltskonsolidierung muss wieder aufgenommen und die Situation mit dem Mut zu unpopulären Maßnahmen umgesetzt werden. Wie ohne mahndes Wort des Kämmerers aktuell die Errichtung eines millionenteuren,

umweltschädlichen Kunstrasenplatzes auf einem so nutzungs eingeschränkten Platz wie am Hochdahler Schulzentrum diskutiert wird, ist ein Realitätsverlust, dem der Schock eines noch nicht mal genehmigungsfähigen Haushaltes hoffentlich nun Einhalt gebietet.“

Neue Technische Beigeordnete

Nach der Verabschiedung des bisherigen Technischen Beigeordneten F. Schmidt im Rat am 07.03.2024 wurde in geheimer Abstimmung mit 25 zu 19 Stimmen Frau Beck zur neuen Technischen Beigeordneten gewählt.

Vorgegangen war, dass nach einer ersten Bewerbungsrunde die Wahl im Dezember durch SPD, CDU, AfD und FDP abgesetzt worden war. Die BmU war dagegen der Ansicht, dass durchaus zwei geeignete Bewerberinnen im damaligen Verfahren waren.

Die Ablehnung insbesondere durch die CDU ließ den Verdacht aufkommen, dass die CDU das richtige Parteibuch wünschte und die SPD nach der Besetzung des Sozialdezernenten mitgefangen war. Eine Begründung gaben beide übrigens nicht.

Aus Kostengründen hätte sich die BmU auch einen Verzicht auf eine Beigeordneten-Stelle vorstellen können.

BmU kritisiert Jahresabschlüsse

Wie FDP und Grüne hat die BmU ihre Kritik an den letzten Jahresabschlüssen, die von CDU und SPD verabschiedet wurden, formuliert, da dort die Risiken im städtischen Haushalt nicht ausreichend gesehen werden. Zudem muss klar festgestellt werden, dass Erkrath überhaupt kein Haushaltsoptimierungskonzept aufgestellt hat, dies wird falsch dargestellt. Mit den Stimmen von CDU und FDP hatte die BmU 2022 zwar endlich ihre jahrelange Forderung nach Erarbeitung eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes durchsetzen können, ein Jahr später folgte die CDU aber in keiner Weise den Empfehlungen des Gutachters (Kritik an drei gleichzeitigen Großbauprojekten zu insgesamt etwa 200 Millionen Euro), die CDU scherte somit aus Absprachen aus und ein HOK kam nicht zu Stande.

BmU RM Peter Sohn äußerte insbesondere Kritik an der Formulierung des Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes, die dort verwendete Verwaltungssprache zeigt keine Transparenz. Hier sollte man sich ein Beispiel am Bericht des Bundesrechnungshofes nehmen, der z.B. sogenanntes „Sondervermögen“ klar als Schulden bezeichnet.

Außerdem kritisierte die BmU den Beschluss zur Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses. Als Eigentümerin der Stadtwerke Erkrath muss aus Sicht der BmU auch ein vollständiger Konzernabschluss erfolgen.

- **Fernwärme**

CDU und SPD verhindern im Rat transparente Fernwärmepreise – Fernwärmekunden müssen weiterhin „die Katze im Sack“ kaufen

Im Haupt- und Finanzausschuss wurde der Bürgerantrag der IFH (Interessengemeinschaft Fernwärme Hochdahl) für transparente Fernwärmekosten von CDU und SPD abgelehnt. Beschlossen wurde durch CDU und SPD nur die äußerst schwache Bitte an den Aufsichtsrat, bei den Stadtwerken „auf eine transparente Preispolitik in Bezug auf die Fernwärme hinzuwirken.“ Bernhard Osterwind (BmU) erinnerte in dieser Sitzung daran, dass Transparenz bei den Stadtwerken immer ein Thema gewesen sei, heute jedoch mehr denn je. Vorbild sollten die 31 Städte sein, die ihre Fernwärmekosten quartalsweise veröffentlichen. „Wenn ich etwas kaufe, dann ist es selbstverständlich, dass ich den Preis kenne. Aber der Fernwärmekunde ist blind“, sagte Osterwind.

Aktuell ist die Situation so, dass die Kunden nicht wissen, was sie aktuell für eine Kilowattstunde Wärme bezahlen müssen, dies erfahren sie erst viele Monate nach Abrechnungsende (zur Zeit noch nicht einmal im November des Folgejahres). Eine absolut untragbare Situation, die von der BmU auch schon für die Zeiten der Betreiber EssoFavorit, RWE, innogy und E.ON massiv kritisiert worden war. Dass das jetzt nach der (aus der Sicht der BmU übereilten) Übernahme des Fernwärmenetzes auch unter den Stadtwerken so weiter geht, ist nicht akzeptabel.

IFH und auch die BmU (schon seit über 30 Jahren) fordern nicht nur eine quartalsmäßige Mitteilung über die aktuellen Kosten, sondern auch Transparenz über die gesamte Preisgestaltung, die Zahlen zu Kosten der Energieerzeugung, Energieverteilung und Einnahmen der Stadtwerke. Die bisher genutzte kaum verständliche Preisformel (E.ON bis Ende 2022 und von den Stadtwerken übernommen), die sich auf Börsenindizes bezieht, muss umgestaltet werden. So müssen aus Sicht der BmU neben den echten Kosten (Erdgas, Technik) u.a. auch die Einnahmen durch den im BHKW gewonnenen Strom gegengerechnet werden.

Die Kundschaft der Fernwärme hat ein Recht, die aktuellen Preise und die Preisgestaltung zu erfahren. Die Äußerung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Jöbges „Wir sind nicht in der Lage das umzusetzen“ ist unverständlich. Es ist doch wohl klar, dass die Stadtwerke den realen Erdgasverbrauch und somit die realen Kosten stets kennen. Es wäre an der Zeit, dass die Stadtwerke Vertrauen zurückgewinnen.

Der Einspruch -durch Grüne, FDP, BmU- gegen den Beschluss des HFA wurde durch CDU und SPD, bei Enthaltung der Linken, im Rat am 12.12.2023 abgelehnt.

Fernwärme – Auch wenn es anders behauptet wird: Die BmU setzt sich auch weiterhin für größtmögliche Transparenz ein

Die BmU ist, wie man in der Fernwärme-Dokumentation auf der BmU-Homepage deutlich erkennen kann, lange Zeit die einzige Fraktion gewesen, die das Thema faire und transparente

Fernwärmepreise (mit Anträgen, Unterschriftensammlungen, Eingaben bei den Kartellbehörden/Ministerien, beim Verbraucherschutz) auf die Tagesordnung gebracht hat. Und auch heute setzt sie sich in Aufsichtsrat der Stadtwerke und im Stadtrat dafür ein.

Die BmU hat ihre Meinung dazu in keiner Weise geändert.

Von anderen Protagonisten der Erkrather Stadtpolitik ist in Bezug auf den nicht-öffentlichen Teil einer Aufsichtsratssitzung verlautbart worden, die BmU hätte ihre Meinung geändert.

Dabei wird der Beratungsbeitrag eines BmU-Vertreters aus dem Zusammenhang gerissen und nicht vollständig wiedergegeben. Aus Sicht der BmU müssen die Zahlen (Erdgas-Einkaufspreise/ Betriebskosten in Relation zu den Verkaufserlösen) auf den Tisch, allerdings muss dies juristisch einwandfrei sein und es bedarf dabei mehr als nur die nackten Zahlen, damit es für die Kundschaft auch wirklich transparent wird.

Dabei muss auch stärker die Kundschaft im Blick sein, die im Geschosswohnungsbau lebt (Mieter, Eigentumsgemeinschaften).

Allen Fernwärmekunden empfiehlt die BmU, sich im Klageregister gegen E.ON einzuschreiben. In der BmU-Geschäftsstelle Bergstraße 13 werden regelmäßig Beratungstermine zu Fernwärme und anderen Themen der Lokalpolitik angeboten.

Bei den Haushaltsplanberatungen hatte die BmU beantragt, in die operativen Ziele der Stadt Produkt 15.02.01 aufzunehmen: „Sozialverträgliche Änderung der Energiepreise.“ Dies wurde von allen Parteien abgelehnt.

Zudem sind auch die Energieverluste der Fernwärme enorm hoch, höher als man bei der (übereilten) Übernahme gesagt hatte. Vergleicht man die Energieverluste zwischen Einspeisung ins Netz und der Entnahme, kommt man 2023 auf Verluste knapp über 19%, ohne dass eine Gesamtenergiebilanz gezogen wird. Allein der beträchtliche Stromverbrauch z.B. der Pumpen ist noch gar nicht eingerechnet. Vor Kauf des Netzes wurden sie mit 17% angegeben. Ein gutes, neuwertiges Netz darf nur die Hälfte an Netzverlusten aufweisen. Auch hier fordert die BmU mehr Transparenz über Gesamtverluste und die Ursachen.

Scharf kritisiert die BmU, dass wesentliche Beratungen zum Thema Fernwärme von Stadtwerken bzw. Stadtspitze in einen Arbeitskreis umgeleitet werden, in dem jeweils nur ein Mitglied pro Fraktion zugelassen ist. Vieles geht so am Aufsichtsrat und somit auch an der Öffentlichkeit vorbei. Ein solches Vorgehen lehnt die BmU schon immer grundsätzlich „als Klüngel“ ab. Die BmU fordert öffentliche Sitzungen, auch hier größtmögliche Transparenz!

- **Planungen/Bauen/Verkehr**

Neanderhöhe: Ratsbürgerentscheid kommt

Spätestens mit dem letzten Haushalt ist klar: Die Planung auf der Neanderhöhe für Premiumgewerbe ist maßvoll und notwendig. Bereits im Bebauungsplanverfahren hat die BmU durchgesetzt, dass die Grundstücksvergabe vorzugsweise durch Erbbaurecht erfolgen soll. Seit April 2019 blockierten Bürgermeister, CDU, SPD, FDP die Durchführung des Bürgerbegehrens zur ausschließlichen Vergabe in Erbbaurecht auf der Neanderhöhe. Die BmU hielt das Bürgerbegehren von Anfang an für rechtmäßig. Der Bürgermeister ging sogar bedauerlicherweise gegen einen, die Auffassung der BmU bestätigenden, Beschluss des Verwaltungsgerichtes in Berufung. Das Oberverwaltungsgericht hat die Annahme des Verfahrens nun endgültig abgelehnt. Leider wurden von CDU, SPD und FDP völlig unnötig Steuermittel für erfolglose Rechtszüge gegen die Bürgerinitiative ausgegeben und versäumt, kostengünstig diesen Bürgerentscheid mit dem Entscheid Hasenwiese, spätestens der Europawahl gleichzeitig durchzuführen. Seit Jahren litt die Vermarktung der Neanderhöhe auch unter der Unsicherheit, ob die Grundstücke auch verkauft werden können.

Erschließung Neanderhöhe

Die BmU hat sich erfolglos dafür ausgesprochen, zunächst nur die Gelder für die konkrete Erschließungsplanung im Haushalt einzustellen und nicht bereits 5 Millionen Euro für die Baumaßnahmen auszugeben.

Wie in der Vergangenheit argumentiert, ist aus Sicht der BmU die Teilbebauung der Neanderhöhe notwendig, um die Gewerbesteuererinnahmen der Stadt zu erhöhen. Hier hat sie Aspekte der ökologischen und ökonomischen (und somit auch sozialen) Nachhaltigkeit abgewogen.

Eine Umsetzung der Erschließung sollte aber erst erfolgen, sobald ernsthafte und gewerbesteuerkräftige Interessenten erscheinen.

Einige Äußerungen der Grünen zur Ökologie wies Bernhard Osterwind deutlich zurück, so handelt es sich um einen Lössboden, der eben bei Starkregenereignissen eben keinen Beitrag zur Wasserspeicherung leistet, und mit der bisherigen konventionellen Landwirtschaftsnutzung eher schädlich für den Artenschutz war. Die eingeplanten ökologischen Maßnahmen (Gehölzstreifen u.a.) werden die Artenvielfalt fördern.

BmU für Tempo 30 auf der Gerhart-Hauptmann-Straße in Unterfeldhaus – aber nur mit einem rechtskonformen Beschluss

Die BmU hat sich schon vor Jahren für Tempo 30 auf der Gerhart-Hauptmann-Straße ausgesprochen und die Bürgerschaft unterstützt, deren Bürgerantrag anfangs noch von einer Mehrheit abgelehnt worden war.

Letztlich wurde ein späterer Antrag der BmU, der auf diesem Bürgerantrag beruht,

angenommen. Die Schwierigkeit war, angesichts des Vorfahrtstraßennetzes Tempo 30 zu erreichen, ohne insbesondere den Linienbussen die Vorfahrt zu nehmen.

Daher hatte sich die BmU zwischenzeitlich bei einem nicht rechtskonformen Antrag enthalten, eine erfolgreiche Beanstandung durch Bürgermeister und Landrat waren deutlich abzusehen. Was dann dazu führte, dass Grüne und SPD versuchten, die BmU öffentlich zu diskreditieren.

In einer Ratssitzung dazu kam es nur zu einem Geplänkel, welche Fraktion sich am meisten für die Sicherheit der Bewohner einsetzt.

Interessant aber die vorangegangene Debatte über die **Befangenheit** zu diesem Thema. Ein CDU-RM hatte sich als Anwohner für befangen erklärt und somit nicht an dem TOP teilgenommen. Zwei Mitglieder der Grünen-Fraktion, ebenfalls Anwohner, waren selber nicht bereit sich für befangen zu erklären, dies musste dann der Rat per Mehrheitsbeschluss feststellen.

Die Frage der Befangenheit ist nicht immer klar zu definieren, die BmU vertritt aber die Auffassung, dass bei deutlichen Interessenskonflikten im Zweifel die Befangenheit als ein wichtiges Zeichen für eine transparente Politik zu erklären ist. Bernhard Osterwind mahnte dazu außerdem an, dass diese Frage schon viel früher in den Ausschüssen hätte gestellt werden müssen und es schon merkwürdig sei, dass die Befangenheit erst jetzt vom Bürgermeister thematisiert wurde.

Bebauungsplan Schmiedestraße („Hasenwiese“) zur Offenlage beschlossen

Ohne die Stimmen der BmU (im Gegensatz zur CDU, die damals stattdessen Wohnraum für junge Familien forderte) wäre dieses gute Projekt des genossenschaftlichen Wohnens überhaupt nicht auf den Weg gekommen, da die BmU die innovative Planung im alten Schulgebäude unterstützt hatte. Die BmU hatte dann aber die Verlegung auf die sogenannte „Hasenwiese“ aus sozialen, ökologischen und mikroklimatischen Gründen abgelehnt. (Unsere ausführliche Argumentation finden Sie auf www.bmu-erkrath.de) Sie hatte stattdessen andere Flächen, wie z.B. am Bürgerhaus oder an der Gink vorgeschlagen.

In der Sitzung des AUP und Rates am 1.2.2024 äußerte die BmU an zahlreichen Beispielen Kritik daran, dass die Planung nicht mehr den „höchsten“ ökologischen Standard aufweist, wie er zum Bürgerbegehren von Bürgermeister, SPD, CDU und FDP versprochen worden war.

Es werden nun gar keine Energiestandards gesetzt, wie es sonst bei anderen Bauprojekten in Erkrath schon lange üblich ist. Das Gebäude wird mit Fernwärme betrieben und die ist in Hochdahl auf absehbare Zeit weder „klimaneutral“ noch „klimafreundlich“ zu nennen.

Dass die Protokollierung der Bürgerbeteiligung, auf welcher die Behandlungsvorlage fußt, lückenhaft ist und die Sachdarstellung in einigen Punkten falsch ist konnte im Fachausschuss oder Rat nicht entkräftet werden. Bürgermeister, CDU, SPD, FDP, Die Linke stimmten trotz Kenntnis der Mängel zu.

Der Darstellung der Rheinischen Post (28.2.24), dass die Verzögerung des Projektes um ein Jahr durch das Bürgerbegehren entstanden sei, widerspricht die BmU.

Es waren die Träger öffentlicher Belange, welche die Erstellung weiterer Gutachten (z.T. erst

Dez. 2023 fertig) durchgesetzt haben. Zudem ist das Projekt auch um 100 qm Wohnfläche größer geworden.

Fassadensanierungen Realschule und Gymnasium Hochdahl

Immer wieder hatten die Ausschussmitglieder der BmU in Bau- und Schulausschuss nachgehakt, warum bei den geplanten Brandschutzsanierungsarbeiten im Schulzentrum Rankestraße nicht auch gleichzeitig die Fassadendämmung angegangen wird.

Letztendlich waren Grüne (und eben nicht diese alleine, wie verlautbart) und die BmU erfolgreich, dass die Bauverwaltung dies noch mit aufgenommen hat.

Unklar ist nun aber, ob es gelingen kann, bei zusätzlicher Erneuerung der Fenster förderfähige Dämmwerte zu erreichen. Hier rächt sich wohl ein Beschluss aus dem letzten Jahr von CDU, SPD und Grünen: Statt zusätzlicher Wärmedämmung auf die alte Fassade (technisch absolut machbar ohne Einschränkung der Lebensdauer) aufzubringen, entschied man sich für die Entfernung der alten Fassade – Folge: Mehrkosten 2 Millionen Euro und 17% weniger Wärmedämmung (die hätte die alte Fassade noch gebracht), sowie längere Bauzeit und mehr Lärmbelastung.

Bebauungsplan Tennisanlage Freiheitstraße

Bei Gegenstimmen der FDP wurde der Bebauungsplan verabschiedet. Somit wird der Flächennutzungsplan umgesetzt, der hier eine Sportanlage vorsieht. Eine Nutzung für Wohnbebauung, wie von der FDP gesehen, ist aufgrund des Überschwemmungsgebietes der Düssel auch gar nicht möglich.

Allerdings ging der Vorwurf von CDU-RM Hildebrand zu weit, der FDP Kinderfeindlichkeit vorzuwerfen.

Nachtabstaltung der Straßenbeleuchtung wurde beendet

Grundsätzlich gab es durchaus viele gute Gründe (hohe Energieeinsparung, massive Kosteneinsparung im sechsstelligen Bereich, Umwelt-Klimaschutz; interessant hier die Ausführungen auf paten-der-nacht.de) die Laternen von 1:00 bis 4:30 Uhr abzuschalten.

In der BmU waren auch diverse Kompromissvorschläge diskutiert worden. Aus Gründen gerade der winterlichen Verkehrssicherheit, des Sicherheitsgefühls und der Rechtsprechung, in ihrer Diskussion war die BmU-Fraktion auf ein Urteil gestoßen, dass eine Stadt bei Lichtabschaltung haftpflichtig gemacht werden könne, hat daher auch die BmU dem Einspruch, also der Nachteinschaltung zugestimmt. Sie verlangt aber, dass dieses Thema weiterhin „beleuchtet“ und die Umrüstung auf LED beschleunigt wird. Mittelfristig muss das Beleuchtungssystem auch z.B. mit Bedarfsschaltungen „smart“ modernisiert werden. Erkrath hat im Verhältnis ein sehr umfassendes (z.T. doppelt so viele Laternen wie in anderen Orten) und altes System. Bernhard

Osterwind erinnerte daran, dass dieses Thema schon seit 10 Jahren thematisiert wird, aber bislang nur wenig passiert ist.

Der für den Fachausschuss angekündigte Antrag der Grünen, zu beschließen, die alten Laternen durch moderne LED bis Ende 2024 umzurüsten, muss allerdings als völlig unrealistisch bezeichnet werden. Wer eine Mehrheit für die richtige Sache erwirken möchte, sollte den Zeitrahmen und die Kostenfolgen realistischer fassen.

Zu kritisieren auch die Argumentationsweisen einiger CDU-RM in den sogenannten Sozialen Medien, welche m.E. zu sehr die „Angst-Schiene“ bedient hatten. Nicht nur die CDU hat die Ängste und Sicherheitsbedürfnisse der Bürgerschaft im Blick, ein solches Thema sollte sachlicher diskutiert werden.

Und eine Frechheit die Äußerung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Ehlert, der das von ihm gerne genutzte Narrativ „Die BmU fällt um“ wiederholte. So darf man m.E. nicht mit der Arbeit einer konkurrierenden Fraktion, welche in ihrer Ernsthaftigkeit auch Neubewertungen beinhaltet, umgehen. Die BmU wägt stets gut ab, sie versucht nicht „mit dem Kopf durch die Wand zu gehen“.

Änderung der Straßenreinigungsgebühren

Bei Gegenstimmen durch die BmU wurden die Straßenreinigungsgebühren geändert. Aus Sicht der BmU ist ein Allgemeinanteil von 35 % bei überörtlichen Durchgangsstraßen zu niedrig. Dass bei 7000 PKW/Tag an der Neanderstraße die paar Anwohner (!) 65% des Aufwandes erzeugen bezweifelt die BmU. Die Parteien sehen das alle nicht so.

Diskussion im Sportausschuss: Kunstrasen für den Sportplatz Rankestraße?

Zum einen sieht die BmU die Umwandlung des Sportplatzes am Schulzentrum Hochdahl auf Kunstrasen aufgrund der Gesamtkosten (inklusive Ballfangzaun, Tartanbahn, Flutlicht) von 2,45 Millionen Euro kritisch. Andererseits hat sie ökologische Bedenken.

Kunstrasenplätze sind in der Bewirtschaftung aufwändig, sie sollten vor Spielen leicht gewässert werden, bei extremer Hitze und Trockenheit müssen sie gewässert werden, ansonsten bestünde die Gefahr der Einschmelzung des Rasenhalmes. Bei Kälte (-1°C) darf der Rasen nicht bespielt werden, da die Gefahr von Halmbruch besteht. Und es besteht auch ein erhöhter Pflegeaufwand aufgrund von Unkrautbildung durch Samenflug, welches nur händisch entfernbar ist. Ökologisch gesehen sind diese Plätze ein Problem, dass durch die Abnutzung hohe Mengen an Mikroplastik entstehen und in die Gewässer eingetragen werden. Der Oberbelag von Kunstrasenplätzen hat nur eine Lebensdauer von ca. 10-15 Jahren, beim Rückbau muss das Material als Sondermüll entsorgt werden.

Erstaunlich, dass hier selbst die Grünen einen Kunststoffrasenplatz in den Blick nehmen und wohl unterstützen.

Einen klare Gesamtkostenvergleich zwischen einem Kunstrasen- und Naturrasenplatz konnte die Verwaltung nicht geben.

- **Familien, Soziales**

Erhöhung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung modifiziert

Die BmU hat -wie auch die anderen Fraktionen- dem Änderungsantrag der Grünen zugestimmt, dass bei den Einkommensbereichen bis 37500 und bis 47500€ weiterhin nur die bisherigen Entgelte einschließlich der beschlossenen regelmäßigen Steigerung um 2% erhoben werden. Die Vorlage der Verwaltung hätte bei diesen unteren Einkommensgruppen z.T. eine Steigerung von 200€ auf 250€ pro Monat zur Folge gehabt.

Gebührenerhöhung für Übergangsunterkünfte für Flüchtlinge und Wohnungslose

Die mit CDU, SPD, FDP und AfD beschlossene Gebührenerhöhung zeigt ein Dilemma auf: Einerseits ist eine Anpassung notwendig, andererseits kann diese für selbstzahlende Familien enorme Kosten bedeuten, da pro Kopf abgerechnet wird. Die BmU hat sich daher enthalten, eine andere Abrechnungsweise, z.B. über Entgelte (wie bei der Kinderbetreuung), sollte geprüft werden.

Zu einer Anpassung der Gebühren ist die Stadt verpflichtet, 23 Jahren wurde diese nicht umgesetzt. Mit der Folge, dass Erkrath von den zuständigen Stellen (u.a. Jobcenter) keine kostendeckende Erstattung erhält.

Die neue Gebühr von 266€ (plus 51€ für Verbrauch/Strom; einige Städte im Kreis erheben bis zu 800€ pro Person) hätte für eine vierköpfige Familie dann aber eine Gebührenzahlung von über 1000€ zur Folge, für Selbstzahler würde sich so das Arbeiten-Gehen nicht lohnen. Nach Angaben der Verwaltung sind 11 Einzelpersonen in den Unterküften betroffen, keine Familien. Die Verwaltung hat zugesagt, dass sie eventuell betroffene Familien bei der Wohnungssuche unterstützen will.

Eine von der BmU angedachte Differenzierung, Begrenzung, Reduzierung bzw. zeitweise Aussetzung ist rechtlich nach dem KAG nicht möglich.

Mittlerweile steht allerdings die genannte Zahl der 11 Einzelpersonen in Frage. Nur ein Fehler oder ein weiteres Beispiel für einen schlechten Umgang?

Christian Ritt, Vorsitzender BmU e.V.

Bernhard Osterwind, Fraktionsvorsitzender und stellv. Vorsitzender BmU e.V.

Wolfgang Schriegel, Schriftführer BmU e.V.